

Antwort

der Landesregierung
auf die Kleine Anfrage 2684
des Abgeordneten Axel Vogel
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/6805

Wortlaut der Kleinen Anfrage 2684 vom 05.02.2013

Befreiung von Verboten im Biosphärenreservat Spreewald zur Durchführung forstwirtschaftlicher Maßnahmen

In Folge zweier niederschlagreicher Jahre wurden die Erlenbestände im Ober- und Unterspreewald zum Schutz landwirtschaftlicher Flächen geflutet. Die Erlen sind aufgrund der langen Überstauung von Staunässe und Nässestress betroffen. Bestandsweise, insbesondere aber auf den am tiefsten gelegenen Moorstandorten, kommt es zum Vitalitätsverlust und zum teilweisen Absterben von mittelalten Erlenbeständen.

Der Landesbetrieb Forst Brandenburg hatte daher im Frühjahr einen Kahlschlag auf einer 28 Hektar großen Waldfläche im Revier „Schützenhaus“ geplant, um das Holz der absterbenden Bäume zu nutzen. Die Fläche liegt im Biosphärenreservat Spreewald Schutzzone II, ist zusätzlich als Naturschutzgebiet, FFH-Gebiet und Vogelschutzgebiet ausgewiesen. Daher beantragte der Landesbetrieb eine Befreiung von den Auflagen der einzelnen Schutzgebiete, insbesondere vom Gebot des Kahlschlagsverbotes bei der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Dahme-Spreewald. Der Landkreis genehmigte am 16.04.2012 (in Teilen geändert am 07.05.2012) den Kahlschlag des durch das Hochwasser geschädigten Bestandes. Die Arbeiten sollten noch in der Brutzeit der Vögel beginnen, ungeachtet der Tatsache, dass in dem Gebiet besonders geschützten Arten wie Kranich sowie Schwarz- und Mittelspecht, brüten. Gegen diese Genehmigung ging der NABU Brandenburg am 09.05.2012 in Widerspruch. Dabei beantragte er vor dem Verwaltungsgericht Cottbus im Eilverfahren die Anordnung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs, welche zu einem Fällstopp geführt hätte. Das Verwaltungsgericht Cottbus entschied allerdings in dem folgenden Verfahren gegen den Eilantrag.

Der NABU Brandenburg legte gegen dieses Urteil Beschwerde vor dem Obergerverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg ein und erwirkte den Stopp der Fällungen. Das OVG bestätigte in seinem Beschluss am 04.09.2012 die Auffassung des NABU, dass die Behörde die naturschutzfachlichen Belange nur unzureichend geprüft habe. Zudem stellt das Obergerverwaltungsgericht in Frage, dass ein Landesforstbetrieb seine

angeblichen Eigeninteressen gegen das Allgemeinwohl abwägen lassen kann, da der Landesforstbetrieb das Allgemeinwohl zu vertreten hat. Ein Gutachter hatte zuvor bestätigt, dass eine Waldbewirtschaftung in diesem Gebiet unwirtschaftlich ist.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum wurden die wertvollen Baumbestände in dem 4-fachen Schutzgebiet (NSG, Biosphäre, FFH, EU-Vogelschutzgebiet) geflutet und welche wasser- und naturschutzrechtlichen Genehmigungen lagen hierzu vor?
2. Welche Gebiete sind betroffen? Bitte nach Lage und Flächengröße und Schutzstatus aufschlüsseln.
3. Wie schließt die Landesregierung aus, dass die Schutzgebiete durch gezielte Überflutungen zukünftig beeinträchtigt werden?
4. Welche durch Wasserstau beeinträchtigten Flächen wurden bisher in Folge des Hochwassers 2011/2012 im Spreewald kahlgeschlagen? Bitte nach Lage und Flächengröße und Schutzstatus aufschlüsseln.
5. Wo und auf welcher Fläche sind weitere Kahlschläge in der Region noch beabsichtigt? Bitte nach Lage und Flächengröße und Schutzstatus aufschlüsseln.
6. Soll eine Wiederaufforstung durch Pflanzungen und Rabatten auf den Kahlschlagflächen erfolgen oder setzt die Landesregierung auf eine natürliche Wiederbewaldung?
7. Welche Holznutzungen sind außer Kahlschlägen auf den betroffenen Flächen geplant?
8. In welchem Umfang soll abgestorbenes Holz als Totholz in den betroffenen Schutzgebieten im Wald verbleiben?
9. Plant der Landesbetrieb nun, nachdem das Gericht die Kahlschlagnutzung für die oben genannte Fläche von 28 ha untersagt hat, die Holzernte aufzugeben oder plant er statt dessen Kahlschläge unter 1 ha Größe durchzuführen (s.g. verdeckte Kahlschläge)?
10. Wie schätzt die Landesregierung die Wirtschaftlichkeit der Nutzung auf wasserstau-beeinträchtigten Flächen unter Berücksichtigung der Kosten von Spezialmaschinen wie Seilkränen, Arbeitskosten und Kosten für die Wiederaufforstung ein?
11. Warum wurden in dem oben beschriebenen Fall von Seiten des Landesbetriebes die Arbeitskosten nicht bei der Berechnung der Wirtschaftlichkeit der Holzernte mit einbezogen?
12. Ist es zutreffend, dass bei Berücksichtigung der Arbeitskosten die beantragte Holzernte defizitär ist? Wie ist die Gesamtkalkulation anzusetzen?

13. Wie ist die betriebswirtschaftliche Bewertung des Kaufes der beiden Seilkräne des Landesforstbetriebs? Bitte um Angabe der Anschaffungskosten und Einsatzzeiten.
14. Warum beabsichtigte der Landesforstbetrieb den Kahlschlag in dem oben genannten Schutzgebiet durchzuführen, obwohl kommerziellen Waldbesitzern außerhalb von Schutzgebieten nach Landeswaldgesetz Kahlschläge ab 1 ha verboten sind?
15. Warum akzeptiert der dem Gemeinwohl verpflichtete Landesforstbetrieb die Kahlschlagsverbote in der NSG-VO und der Biosphärenreservatsverordnung nicht und beantragt eine Befreiung, wie ein rein nach wirtschaftlichen Grundsätzen agierender privater kommerzieller Forstbetrieb?
16. Wie sieht die Landesregierung die besonderen im Landeswaldgesetz Brandenburg genannte Verpflichtung des Landesforstbetriebs dem Gemeinwohl zu dienen im vorliegenden Fall?
17. Wird der Landesforstbetrieb zukünftig Schutzgebietsverordnungen akzeptieren und auf Genehmigungen und Befreiung von Schutzgebietsverordnungen verzichten?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Warum wurden die wertvollen Baumbestände in dem 4-fachen Schutzgebiet (NSG, Biosphäre, FFH, EU-Vogelschutzgebiet) geflutet und welche wasser- und naturschutzrechtlichen Genehmigungen lagen hierzu vor?

Zu Frage 1:

Der Spreewald ist Bestandteil des Einzugsgebietes der Spree und wird in Niedrig- und Hochwasserzeiten entsprechend bewirtschaftet. Die Bewirtschaftung des Spreewaldes erfolgt in ständigem Einvernehmen mit allen zuständigen Behörden. Dies bezieht sich auch auf die Flutung des Hochwaldes am Wehr Eichenwäldchen im Hochwasserfall. Die Bewirtschaftung ist im "Rahmenkonzept Spreewald" festgeschrieben. Die Flutung des Hochwaldes im Zeitraum Juli 2010 bis Februar/März 2011 ist einer extrem lang anhaltenden Hochwassersituation geschuldet.

Der innere Spreewald ist einschließlich der Waldflächen und damit auch dem Hochwald überwiegend als Überschwemmungsgebiet ausgewiesen. Die nach § 150 BbgWG fortgeltende Festlegung erfolgte durch Beschluss des Rates des Bezirkes Cottbus Nr. 0014-5/82 vom 21.07.1982 „Erklärung von Hochwassergebieten im Bezirk Cottbus“.

Frage 2:

Welche Gebiete sind betroffen? Bitte nach Lage und Flächengröße und Schutzstatus aufschlüsseln.

Zu Frage 2:

Betroffen sind Flächen in den Naturschutzgebieten „Innerer Oberspreewald“ und „Innerer Unterspreewald“. Eine flächenscharfe Aufschlüsselung der Flächen ist innerhalb der Fristen nicht möglich.

Frage 3:

Wie schließt die Landesregierung aus, dass die Schutzgebiete durch gezielte Überflutungen zukünftig beeinträchtigt werden?

Zu Frage 3:

Siehe Antwort zu Frage 1. Schutzziele aus Sicht des Natur- und Artenschutzes sind langfristig nicht gefährdet.

Frage 4:

Welche durch Wasserstau beeinträchtigten Flächen wurden bisher in Folge des Hochwassers 2011/2012 im Spreewald kahlgeschlagen? Bitte nach Lage und Flächengröße und Schutzstatus aufschlüsseln.

Zu Frage 4:

Im Landeswald wurden bisher keine Kahlschläge durchgeführt.

Frage 5:

Wo und auf welcher Fläche sind weitere Kahlschläge in der Region noch beabsichtigt? Bitte nach Lage und Flächengröße und Schutzstatus aufschlüsseln.

Zu Frage 5:

Im Landeswald sind aktuell keine Kahlschläge vorgesehen. Auf die Antwort zu den Fragen 14 bis 17 wird verwiesen.

Frage 6:

Soll eine Wiederaufforstung durch Pflanzungen und Rabatten auf den Kahlschlagflächen erfolgen oder setzt die Landesregierung auf eine natürliche Wiederbewaldung?

Zu Frage 6:

Entsprechend den waldbaulichen Grundsätzen zur Bewirtschaftung des Landeswaldes und der Abstimmung zwischen MIL und LFB über die strategischen Ziele im Landeswald (Waldvision 2030) sollen zunächst alle Möglichkeiten einer natürlichen Wiederbewaldung vor Maßnahmen einer Saat oder Pflanzung ausgenutzt werden. Inwiefern Pflanzungen zur Wiederbewaldung auf den geschädigten Flächen erforderlich sind, wird derzeit geprüft.

Frage 7:

Welche Holznutzungen sind außer Kahlschlägen auf den betroffenen Flächen geplant?

Zu Frage 7:

Durch den LFB sind derzeit Holznutzungen als Loch- und Saumhiebe bis zu einer Größe von 0,95 ha vorgesehen. Ein langfristiges waldbauliches Waldentwicklungs- und Holznutzungskonzept ist in Vorbereitung. Auf die Antwort zu den Fragen 14 bis 17 wird verwiesen.

Frage 8:

In welchem Umfang soll abgestorbenes Holz als Totholz in den betroffenen Schutzgebieten im Wald verbleiben?

Zu Frage 8:

Für die angefragte Fläche Abt. 1127 des Reviers Schützenhaus, in der 90 % des Waldes auf einer zusammenhängenden Fläche von ca. 32 Hektar durch die Hochwasserereignisse der Jahre 2010/2011 abgestorben sind, ist ein Verbleib von stehendem Totholz in der Größenordnung von 77 m³/Hektar in Form von sogenannten Biotopholzgruppen abgestimmt.

Frage 9:

Plant der Landesbetrieb nun, nachdem das Gericht die Kahlschlagnutzung für die oben genannte Fläche von 28 ha untersagt hat, die Holzernte aufzugeben oder plant er stattdessen Kahlschläge unter 1 ha Größe durchzuführen (s. g. verdeckte Kahlschläge)?

Zu Frage 9:

Siehe Antwort zu Frage 7.

Frage 10:

Wie schätzt die Landesregierung die Wirtschaftlichkeit der Nutzung auf wasserstau-beeinträchtigten Flächen unter Berücksichtigung der Kosten von Spezialmaschinen wie Seilkränen, Arbeitskosten und Kosten für die Wiederaufforstung ein?

Zu Frage 10:

Organische und mineralische Nassstandorte sind in der Regel besonders leistungsfähige Waldstandorte, die eine Wertholzproduktion und damit seltene und hochwertige Laubholzsortimente mit einem hohen Ertrag ermöglichen. Sie sind zugleich im Regelfall auch besonders geschützte Biotope gemäß § 30 BNatSchG und § 32 BbgNatSchG, in denen einer naturschutzorientierten Waldbewirtschaftung eine hohe Bedeutung zukommt. Die mittelfristige Planung für diese Waldflächen wird zwischen Naturschutzverwaltung und LFB abgestimmt und durch das MIL bestätigt. Der Wald wird nach diesen Festlegungen im Einklang mit den Naturschutzzielen bewirtschaftet. Für die Holzernte und die Waldverjüngung wird dabei jeweils das an Boden und Bestand am besten angepasste sowie wirtschaftlichste Verfahren gewählt.

Frage 11:

Warum wurden in dem oben beschriebenen Fall von Seiten des Landesbetriebes die Arbeitskosten nicht bei der Berechnung der Wirtschaftlichkeit der Holzernte mit einbezogen?

Zu Frage 11:

Der LFB hat die Arbeitskosten in seine Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen einbezogen.

Frage 12:

Ist es zutreffend, dass bei Berücksichtigung der Arbeitskosten die beantragte Holzernte defizitär ist? Wie ist die Gesamtkalkulation anzusetzen?

Zu Frage 12:

Die Arbeitskosten wurden in der Vorkalkulation berücksichtigt. Aufgrund der Vorkalkulation wird ein positives Ergebnis der Holzernte erwartet.

Frage 13:

Wie ist die betriebswirtschaftliche Bewertung des Kaufes der beiden Seilkräne des Landesforstbetriebs? Bitte um Angabe der Anschaffungskosten und Einsatzzeiten.

Zu Frage 13:

Die Investitionen des LFB erfolgen auf der Grundlage von Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen gemäß § 7 der LHO. Die beiden Seilkransysteme wurden mit einem Gesamtwert von 713.477 € in den Jahren 2009 und 2011 beschafft. Eine der beiden Anlagen wird maßgeblich im Ausbildungsbetrieb eingesetzt. In einem Wirtschaftsjahr mit normalen Betriebsbedingungen sind die Seilkrananlagen an ca. 180 Tagen im Einsatz.

Frage 14:

Warum beabsichtigte der Landesforstbetrieb den Kahlschlag in dem oben genannten Schutzgebiet durchzuführen, obwohl kommerziellen Waldbesitzern außerhalb von Schutzgebieten nach Landeswaldgesetz Kahlschläge ab 1 ha verboten sind?

Frage 15:

Warum akzeptiert der dem Gemeinwohl verpflichtete Landesforstbetrieb die Kahlschlagsverbote in der NSG-VO und der Biosphärenreservatsverordnung nicht und beantragt eine Befreiung, wie ein rein nach wirtschaftlichen Grundsätzen agierender privater kommerzieller Forstbetrieb?

Frage 16:

Wie sieht die Landesregierung die besondere im Landeswaldgesetz Brandenburg genannte Verpflichtung des Landesforstbetriebs dem Gemeinwohl zu dienen im vorliegenden Fall?

Frage 17:

Wird der Landesforstbetrieb zukünftig Schutzgebietsverordnungen akzeptieren und auf Genehmigungen und Befreiung von Schutzgebietsverordnungen verzichten?

Zu Frage 14 bis 17:

Die Waldflächen werden auf Grundlage der zwischen der Naturschutzverwaltung und dem LFB abgestimmten mittelfristigen Planung für den Spreewald unter besonderer Beachtung der Schutz- und Erholungsfunktion bewirtschaftet. Auf Grund des eingetretenen Schadereignisses und dem damit verbundenen großflächigen Absterben von Bäumen muss von dieser mittelfristigen Planung abgewichen werden. Das veränderte Vorgehen wird unter Beachtung der einschlägigen Rechtsvorschriften und der waldbaulichen Grundsätze wieder mit den Naturschutzverwaltungen abgestimmt. Der Integration von Maßnahmen des Naturschutzes in den Wirtschaftsbetrieb kommt damit eine besondere Bedeutung zu, so dass die Lebensräume der einheimischen Tier und Pflanzenarten im Wald gesichert, entwickelt und wo möglich auch wieder hergestellt werden. Die Landesregierung schließt nicht aus, dass der LFB naturschutzrechtliche Befreiungen von Verboten in Schutzgebieten gemäß dem BNatSchG und Biosphärenreservatsverordnung beantragt, sofern dieses für die mit der Naturschutzverwaltung abgestimmte Waldbewirtschaftung erforderlich ist.